

# Wir haben was zu feiern!



- **PERSONLICHES BUDGET**

- **ZIELVEREINBARUNG**

- **BESCHIED**

UNBERRI...  
 BUNDES...  
 URTEIL VOM 28.01.2021  
 AZ.: B 8509/19 B

NAFCORE © 21

<b>Editorial</b>	<b>4</b>	Nur Lippenbekenntnisse zur Assistenz im Krankenhaus _____	<b>23</b>
<b>Die Würde des Menschen ist anzutasten</b>			
Die Zielvereinbarung - Vom Traum der Politik zum Albtraum der davon abhängigen Menschen	5		
<b>Intensiv- und Rehabilitationsstärkungsgesetz - GKV - IPREG</b>			
Rechtliche Bewertung zu Regelungen zum Intensivpflegegesetz	9		
<b>Rechte von Menschen mit Behinderung / Antidiskriminierung</b>			
Vom Menschenrecht auf Barrierefreiheit	10		
Projekt: „Das lass' ich mir nicht bieten“	12		
<b>Coronavirus</b>			
Triage: Gesetzgeber muss diskriminierungsfreie Entscheidung sicherstellen	13		
Triage weiterhin in der Diskussion	13		
<b>Bundesteilhabegesetz</b>			
LIGA Selbstvertretung „10 Gebote für eine zukunftsfähige Behindertenpolitik“	14		
ForseA- Stellungnahme zum Referentenentwurf Teilhabestärkungsgesetzes	15		
Anrechnung von Einkommen und Vermögen abschaffen	15		
<b>Politik/Aus den Bundesländern</b>			
Inklusion ist Menschenrecht	16		
Rheinland-pfälzischer Landtag hat Landesinklusionsgesetz beschlossen	17		
Noch vier Monate Zeit für behindertenpolitische Reformen	18		
<b>Persönliche Assistenz / Assistenz im Krankenhaus</b>			
Das Rad ist schon erfunden	19		
Positionspapier zur Neugestaltung der Stundenlöhne für persönliche Assistenz im Arbeitgebermodell	19		
Einheitliche Bezahlung von Persönlicher Assistenz in Sachsen gefordert	20		
Resolution für Assistenz im Krankenhausaufenthalt	21		
Niemand zuständig? Assistenz im Krankenhaus weiterhin unklar	22		
		<b>Recht</b>	
		Beschwerde einlegen: Die Möglichkeiten gibt es	24
		Neues Urteil zum anteiligen Pauschalen Pflegegeld des §64a SGB XII	24
		Persönliches Budget darf nicht befristet werden!	25
		Gesetzentwurf und Stellungnahmen zum Teilhabestärkungsgesetz	25
		Infos zur Klage vor dem Sozialgericht	25
		<b>Literaturtipps</b>	
		bvkm-Merkblatt zur Grundsicherung	26
		Alexandra - die Geschichte eines ungewöhnlichen Lebens	27
		Ratgeber für behinderte Arbeitgeber*innen und solche, die es werden wollen	27
		<b>ForseA intern</b>	
		Wir begrüßen als neue Mitglieder	28
		Beitragsfähigkeit	28
		eMail-Adressen	28
		Post-Adressen	28
		Impressum	28
		Beitrittserklärung	29
		Satzung	30

Nichts über uns ohne uns!



Gerhard Bartz © privat

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde,

alle Welt thematisiert Corona, wir natürlich auch. Dieses Virus beeinträchtigt das Leben auf vielerlei Wegen: Viele unserer Mitglieder gehören einer Risiko-Gruppe an und müssen dadurch sehr vorsichtig sein. Durch die Assistenz sind wir jedoch zusätzlichen Risiken ausgesetzt. Denn wir tragen deren Risiko natürlich mit. Es bleibt nur zu hoffen, dass diese Assistentinnen und Assistenten bewusst mit dem Risiko umgehen und uns nicht zusätzlichen, vermeidbaren Gefahren aussetzen. Gänzlich unverständlich daher, dass uns der Gesetzgeber bei der Priorisierung gerade mal der dritten Kategorie zugeordnet hat. Zwar hat er Einzelfallentscheidungen zugelassen. Diese zwingen uns jedoch wieder in die Rolle von Bittstellern. Wann nimmt die Politik endlich zur Kenntnis, dass es außerhalb von Anstalten ebenfalls behinderte Menschen gibt, die nicht minder des Schutzes bedürfen?

Endlich wurde erreicht, dass die Befristungen von Leistungen für

behinderte Menschen als unzulässig gebrandmarkt wurden. Stella Klein, eine Rechtsanwältin aus Frankfurt, hat es vor dem Bundessozialgericht durchgesetzt. Diese Befristungen machten im Bereich der Behinderung nie Sinn. Sie dienten lediglich der staatlichen Gewaltausübung. Damit ließ sich trefflich Druck auf die Berechtigten ausüben. Wieder und immer wieder. Man scheute selbst nicht davor zurück, Leistungen einzustellen, falls der Verlängerungsantrag verspätet einging. Geblieben ist, dass nach Ablauf des festgelegten Zeitraums die Voraussetzungen geprüft werden müssen. Sobald das Urteil veröffentlicht wird, wird es in Kombination und damit auch auf unserer Homepage und im INFORUM besprochen. Frau Klein ist nun auch in unserer Anwaltsliste vertreten.

Behindertenpolitisch wird sich in diesem Jahr nichts Gravierendes mehr bewegen. Es naht das Ende der Legislatur im Bund. In diesen Zeiten wird alles umgekehrt, was gegen Ende noch liegengeblieben ist und nicht verschoben werden soll, weil es unbedingt noch mit der eigenen „Handschrift“ abgeräumt werden soll. Nach meiner Erwartung erfährt das Barrierefreiheitsgesetz eben dieses Schicksal. Zusammengestrichen auf den gemeinsamen Nenner landet es vermutlich in einem „Omnibus“, einem Abstimmungsverfahren, bei dem alle diese Punkte zusammengefasst werden, über die dann ohne Debatte meist zu nächstlicher Stunde entschieden wird. Dass dabei keine gravierenden Dinge herauskommen können, versteht sich von selbst.

Für die 20. Legislaturperiode müssen wir uns vornehmen, die Sichtbarkeit behinderter Menschen zu stärken. Wir dürfen es nicht

mehr hinnehmen, dass wir „freilebenden“ Menschen mit Behinderung ständig ausgeblendet werden. Stets werden Regelungen für Menschen in Anstalten getroffen und unsere Belange bleiben außen vor. Dabei stellt das Leben in Anstalten eine Ausnahme und nicht die Regel dar. So verstehen wir den Artikel 19 der Behindertenrechtskonvention. Dieser ist selbstvollziehend, kann also ohne den Umweg über weitere Gesetze sofort von der Verwaltung und der Rechtsprechung umgesetzt werden. Die Forderung nach dem „Nichtmehrübersehenwerden“ muss bereits in der Vorwahlzeit deutlich werden, beispielsweise in den Wahlprüfsteinen.

2021 wird ein spannendes Jahr. Corona wird auch die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Thüringen, sowie die Bundestagswahl beeinflussen. Werden die Fraktionen der Corona-Leugner, Leerdenger, Behindertenfeinde, Nationalisten in dem Parlament gestärkt oder werden die Wählerinnen und Wähler angesichts der Ernsthaftigkeit der Themen von Protestwahlen absehen?

Die Behindertenselbsthilfe muss auf jeden Fall wieder lernen, sich hinter Themen zu vereinen, um ihnen den nötigen Nachdruck zu verschaffen. Hierzu bedarf es auch junge, kluge Menschen, die bereit sind, sich in schwierige Themen einzuarbeiten und zu lernen, auch dicke Bretter zu bohren. Denn unsere Gesellschaft ist nach wie vor nicht bereit, auch nur minimale Vorteile aufzugeben, um behinderte Menschen in ihre Mitte zu holen. Und das wirkt sich auch auf die Politik und die Verwaltungen aus. Die Wahrnehmung behinderter

Menschen der letzten Jahrhunderte mit ihrem gnadenlosen Höhepunkt in den Jahren 1933 bis 1945 wirken nach wie vor. Denn es waren keine imaginären Nazis, die Menschen ausgesondert, umgebracht und verbrannt haben. Es waren Menschen wie du und ich, Menschen, die nach Feierabend abgestempelt haben, sobald sie ihre Tagesleistung dokumentiert hatten. Nein, umgebracht wird niemand mehr, sobald es trotz Behinderung gelungen ist, das Licht der Welt zu schauen. Aber danach erscheint der Gesellschaft noch immer die Aussonderung als das Mittel der Wahl. Noch

immer bin ich fassungslos, wie es das sogenannte Bundesteilhabegesetz, das gegen unsere Verfassung und gegen die Behindertenrechtskonvention verstößt, geschafft hat, die Unterschrift des Bundespräsidenten zu erhalten. Es fand nicht mal der Versuch statt, eine Normenkontrolle durch das Bundesverfassungsgericht anzustoßen. Das war für mich ein Messpunkt, der den Zustand oder besser Missstand unserer Gesellschaft deutlich machte.

Zum Zeitpunkt des Schreibens dieser Zeilen haben wir für die an-

stehende Vorstandswahl für fünf Vorstandsmitglieder lediglich vier Bewerbungen. Ich hoffe, dass sich dies noch ändert.

Ich wünsche Ihnen ein schönes Frühjahr, frei von Corona- und Assistenzsorgen, bleiben Sie gesund und achten Sie auf sich und Ihre Mitmenschen!

Mit freundlichen Grüßen



Gerhard Bartz, Vorsitzender

## Die Würde des Menschen ist anzutasten

### Die Zielvereinbarung Vom Traum der Politik zum Albtraum der davon abhängigen Menschen

*Unter dem Aspekt, dass es Männer leichter ertragen, als solche unerwähnt zu bleiben, schreiben wir nun alle neuen Texte ausschließlich in weiblicher Form, damit die Lesbarkeit nicht leidet.*

Neuerdings liest man immer wieder von der Forderung nach guten Zielvereinbarungen. Doch gibt es die? Zunächst gilt es festzustellen, dass es immer noch um die alten Leistungen der Sozialhilfe geht. Es geht darum, dass die Gemeinschaft möglichst wenig ausgibt, um Menschen mit Behinderung das selbstbestimmte Leben zu ermöglichen. Während Menschen ohne Behinderung unter Leben verstehen, dass ihnen alle Wege offenstehen, dass ihnen jeder Spaß ermöglicht wird, dass sie überall, ohne Ermittlungen anzustellen, Toiletten finden, hat man vom Leben der Menschen mit Behinderungen andere Vor-

stellungen. Dabei hängen wir alle gleichermaßen an der Infusionsflasche öffentlicher Mittel. Es wird befürchtet, dass durch die Anwendung der Menschenrechte für alle, ein gleichberechtigtes Mit-Leben in der Gemeinschaft, die eigenen Ansprüche zu kurz kommen, man gar etwas abgeben müsste.

Dabei haben die Väter unserer Verfassung es so gemeint, dass diese Grundrechte auch für die Menschen gelten sollten, die man nur wenige Jahre zuvor noch als unwert ausgesondert hatte. Man baute dann Anstalten für sie, die man gerne auf einen Hügel oder in Randbezirke verlegte, wo sie - satt und sauber aufbewahrt - aus dem Blickfeld der Normalbevölkerung verschwanden. Man war so von der Richtigkeit dieser Lösung überzeugt, dass man sich auch noch Jahrzehnte nach Kriegsende den Auszug aus diesen

Anstalten gerichtlich erkämpfen musste. Hatte man das geschafft, blieben dennoch die Anstaltskosten oberste Kostengrenze. Wurden diese in der ambulanten Versorgung überschritten, musste man sich gerichtlich dagegen wehren, wieder hinter diesen Mauern zu verschwinden.

#### Artikel 1(n) GG Die Würde des Menschen ist anzutasten

Es scheint so, als ob diese Abwandlung des Artikels 1 unserer Verfassung zur obersten Prämisse der Ausbildung und des Handelns unserer Sozialbehörden wurde. Das „(n)“ steht für die Gültigkeit ausschließlich für behinderte Menschen, die Nachteilsausgleiche in Anspruch nehmen müssen. Doch auch andere Artikel wurden für diesen Zweck abgewandelt: Arti-

Nichts über uns ohne uns!

kel 2(n) GG „Jeder hat so lange das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, bis er hierbei Kosten verursacht.“ Danach organisiert der Staat die Persönlichkeit unter der Maßgabe, keine oder wenig Kosten zu verursachen. Artikel 3(n): „Menschen mit Behinderung dürfen nach wie vor benachteiligt werden.“ Artikel 5(n): „Die Pressefreiheit wird dahingehend etwas reduziert, dass die Bevölkerung nicht unnötig mit Berichten über das Schicksal von Menschen mit Behinderung belästigt wird.“ Artikel 6(n): „Ehe und Familie stehen so lange unter dem Schutz der Verfassung, solange niemand behinderungsbedingte Nachteilsausgleiche in Anspruch nehmen muss. Danach gilt das Prinzip der Mithaftung, persönlich und auch finanziell.“ Artikel 11(n): „Die Freizügigkeit für behinderte Menschen mit Nachteilsausgleichsbedarf wird dadurch gravierend derart eingeschränkt, dass sie bei jedem Wohnortwechsel das behördliche Verfahren mit allen Risiken erneut durchlaufen müssen.“ Artikel 13(n): „Die Wohnung von behinderten Menschen mit Nachteilsausgleichsbedarf obliegt der Verletzbarkeit durch staatliche Behörden. Diese sind gehalten, eventuelle Beziehungen zwischen ihnen und ihren Assistenzpersonen durch Inaugenscheinnahmen vor Ort zu prüfen.“ Artikel 14(n): „Eigentum und Erbrecht unterliegen dem enteignenden Zugriff der Behörden, die ihre Ermessensspielräume beliebig ausnutzen können.“

### Grundrechte sind unantastbar!

Sollte man meinen! Im Artikel 19 Absatz 2 des Grundgesetzes wurde quasi in Stein gemeißelt: „In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet

werden.“ Dennoch dürfen Behörden scheinbar beliebig gegen diese Grundrechte verstoßen. Immer noch wird behinderten Menschen, die aus der Not heraus Anträge auf Nachteilsausgleiche stellen, sehr oft das Gefühl vermittelt, Schmarotzer zu sein. Man macht ihnen klar, dass

- man solche hohen Ansprüche noch nie erlebt hat.
- noch nie was vom Persönlichen Budget gehört hat.
- das Arbeitgebermodell nicht in Verbindung mit dem persönlichen Budget funktioniert.
- dass es die Leistung für die Assistenzkosten nur mit dem Persönlichen Budget geben kann.
- dass es bei einem hohen Einkommen kein Persönliches Budget geben kann.
- dass es das Budget nicht für die Eingliederungshilfe gibt.

Die Liste lässt sich weiterführen. Auch die der verletzten Grundrechte. Beispielsweise im Bereich Kitas und Schule. Zwar hat der Gesetzgeber in den §§ 13<sup>1</sup> und 14<sup>2</sup> SGB I, § 97<sup>3</sup> SGB IX sowie im § 6<sup>4</sup> SGB XII, scheinbar vorgesorgt, dennoch scheint man sich bei den Kostenträgern herzlich wenig darum zu kümmern, dass die Antragstellerinnen zu ihrem Recht kommen.

Die Machtlosigkeit von behinderten Menschen gegenüber Behörden

denmitarbeiterinnen lässt sich an folgenden Dokumenten erkennen, die das Pauschale Pflegegeld nach § 64a SGB XII betreffen:

- **Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales**<sup>5</sup> teilte am 18.02.2021 mit, dass es keinen Einfluss auf das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales hat.
- **Das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales**<sup>6</sup> teilte am 25.02.2021 mit, dass es keinen Einfluss auf die bayerischen Bezirke hat.
- **Der Bezirk Unterfranken**<sup>7</sup> teilte am 11.08.2017 Forsea mit, dass die Sachbearbeiter weitgehend autonom seien.

Gerne wird man von der Politik auf den Rechtsweg verwiesen. Dieser ist jedoch teuer, da Anwälte in der Regel jenseits ihrer Gebührenordnung privates Honorar abrechnen wollen oder keine Zeit haben. Dazu verschlingt das gesamte Procedere nochmals viel Zeit. Beides ist ein rares Gut bei diesen Hilfesuchenden, die sich in einer Notlage befinden. Wenn man dann auch noch wenig Glück hat, begegnet man einem Sozialrichter, der die Klägerin mit folgenden Aussagen unter Druck setzt.

- Er sähe keinen Grund für die Zahlung des anteiligen Pflege-

<sup>1</sup> [https://dejure.org/gesetze/SGB\\_I/13.html](https://dejure.org/gesetze/SGB_I/13.html)

<sup>2</sup> [https://dejure.org/gesetze/SGB\\_I/14.html](https://dejure.org/gesetze/SGB_I/14.html)

<sup>3</sup> [https://dejure.org/gesetze/SGB\\_IX/97.html](https://dejure.org/gesetze/SGB_IX/97.html)

<sup>4</sup> [https://dejure.org/gesetze/SGB\\_XII/6.html](https://dejure.org/gesetze/SGB_XII/6.html)

<sup>5</sup> [http://www.forsea.de/Forsea\\_Dateien/2021\\_02\\_18\\_von\\_BMAS.pdf](http://www.forsea.de/Forsea_Dateien/2021_02_18_von_BMAS.pdf)

<sup>6</sup> [http://www.forsea.de/Forsea\\_Dateien/2018\\_07\\_24\\_BAY\\_STMAS.pdf](http://www.forsea.de/Forsea_Dateien/2018_07_24_BAY_STMAS.pdf)

<sup>7</sup> [http://www.forsea.de/Forsea\\_Dateien/2017\\_08\\_11\\_von\\_Bez\\_Unterfranken.pdf](http://www.forsea.de/Forsea_Dateien/2017_08_11_von_Bez_Unterfranken.pdf)

- gegeldes nach § 64a SGB XII.
- Bei dem schlecht gemachten Teilhabegesetz wolle keiner zugeben, dass die Leistungen auf die Heimkosten gedeckelt wären.
- Vereine der Behindertenselbsthilfe würden stören, da sie die Menschen aufhetzen würden.
- Er könne nicht entscheiden, weil Grundlage des Bescheides eine zivilrechtliche Vereinbarung sei.
- Er könne dem Bezirk nur Vorgaben machen. Die Entscheidungen treffe der Bezirk.
- Die Entlastungsleistungen könnten dazu verwendet werden, dass Assistentinnen Überstunden abbauen.

Und dann, als krönenden Abschluss bestätigt er, dass, wenn kein Vergleich zustande käme, er in ein paar Wochen diesen Vergleich als Urteil erlassen werde. Aus der Sitzungs-Niederschrift ein Zitat, das von uns als zynisch angesehen wird, da der Richter zuvor dem Kostenträger bescheinigt hat, dass seine Ablehnung des beantragten Bedarfes richtig sei: „Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Klage letztlich keine Aussicht auf Erfolg biete, da der Bedarf der Klägerin ausweislich der vorliegenden Abrechnungen durch das gewährte Budget gedeckt sei. Weitere ungedeckte Bedarfe seien nicht ersichtlich. Zur Vermeidung weiterer Kosten sei daher eine Erledigungserklärung erwägenswert. Derart eingeschüchtert und unter Druck gesetzt, stimmt man zu und hat damit seine Rechtsmittel in die Tonne getreten.“

Bei den vielen Sachbearbeiterinnen, die zudem ständig gewechselt werden, kommen bei allen Antragstellerinnen unterschiedliche Ergebnisse zustande. Niemand kann und soll sich mit anderen vergleichen. Manche bekommen das Pauschale Pflegegeld, manche nicht, obwohl der Anspruch selbst allorts unstrittig ist. Am 10.11.2020 hat dies das sächsische Landessozialgericht<sup>8</sup> ausdrücklich bestätigt (Aktenzeichen L 8 SO 67/20 B ER). Es hat auch festgestellt, dass mit dem Pauschalen Pflegegeld keine konkreten Kosten bezahlt werden müssen. Weitere Infos hierzu auf den Forsea-Beratungsseiten<sup>9</sup>.

**Das ist es, was wir als staatlichen Gewaltmissbrauch anprangern. Dieses Gestrüpp aus Gesetzen, Verordnungen, Urteilen ist bestens dazu geeignet, sich darin zu verheddern. Weder kann man damit als Laie seine Ansprüche begründen, noch kann man Dritten, wie beispielsweise Medien, seine Benachteiligungen vermitteln. Nach wenigen Minuten winken diese ab, weil es für Unbeteiligte absolut intransparent ist. Am Beispiel der Zielvereinbarungen zum Persönlichen Budget wird sehr deutlich, dass alles nicht zusammenstimmt.**

Dies eröffnet den Sozialbehörden alle Möglichkeiten, die Antragstellerinnen unter Druck zu setzen:

Alle Zielvereinbarungen werden befristet erstellt. Zwar gibt es hierfür keinen Sachgrund, aber die Be-

fristung ist ein treffliches Mittel dafür, dass sich die davon betroffenen Menschen nie in Sicherheit wiegen können. Immer und immer wieder müssen sie sich unter das Okular des behördlichen Mikroskops begeben und darauf hoffen, dass ihnen daraus keine Nachteile erwachsen. Mit Urteil vom 28.1.2021 hat das Bundessozialgericht (Aktenzeichen: B 8 SO 9/19 R) diese Befristungen als Unrecht erkannt.

### Gibt es „gute“ Zielvereinbarungen?

Ja, es gibt tatsächlich einige wenige Kostenträger, die sich an Geist und Buchstaben der Gesetze orientieren. Im Wesentlichen jedoch ein eindeutiges „Nein“! Hier handelt es sich um Menschen und nicht um Produktionsfortschritte. Es gibt Zielvereinbarungen, in denen unter einem Dutzend Zielen auch festgelegt wurde, dass einmal im Monat die Tante Emma besucht werden soll. Nun könnte es vorkommen, dass eben diese Tante im Alter von 101 Jahren stirbt. Und schon sind die Ziele in Gefahr.

Sinnvoll ist als Ziel die Angabe „Leben inmitten der Gesellschaft“. Jeder weitere Aufriss birgt die Gefahr, wegen Nichteinhaltung der Ziele oder wegen nicht zielentsprechender Mittelverwendung je nach Gusto der Behörde gravierende Probleme zu bekommen. Beispielsweise geriet in Rheinland-Pfalz ein Frau in Schwierigkeiten, weil sie aus dem Budget der Eingliederungshilfe mit der Assistenz eine Toilette aufsuchte. Deshalb ist eine Auflistung einzelner Ziele abzulehnen.

<sup>8</sup> <https://sozialgerichtsbarkeit.de/sgb/esgb/show.php?modul=esgb&id=215160>

<sup>9</sup> [http://www.forsea.de/content-85-beratung\\_fuer\\_behinderte\\_arbeitgeber%2Ainnen.html](http://www.forsea.de/content-85-beratung_fuer_behinderte_arbeitgeber%2Ainnen.html)

Riesige Irritationen erzeugt auch die Beratung, dass man eine falsche Zielvereinbarung zunächst vorbehaltlos akzeptieren muss, um sie anschließend zu bekämpfen. Daran kann man erkennen, dass das zivilrechtliche Konstrukt „Zielvereinbarung“ juristisch nicht angreifbar ist. Schließlich ist sie durch beide Unterschriften „invernehmlich“ zustande gekommen. Erst nach der beiderseitigen Unterschrift ist ein Bescheid möglich, gegen den Widerspruch eingelegt werden kann. Vorher ist der Rechtsweg versperrt.

Wenig Beachtung findet auch die Tatsache, dass das Budget von den Budgetnehmern lediglich verwaltet wird. Es bleibt bis zur ordnungsgemäßen Verwendung im Eigentum der Budgetgeber. Das ist beispielsweise interessant, wenn es zu Kontenpfändungen kommt. Hier pfänden Banken auch das Assistenzkonto und vergreifen sich damit an Geldern, für die kein Pfändungsbeschluss vorliegt. Für uns unstrittig ist, dass die Budgetgeber nachschießen und sich selbst bei der Bank um ihr Geld kümmern müssen. Die Budgetnehmer als Verwalter der Gelder sind nicht in der Lage, hier selbst rechtlich tätig zu werden. Hier hat der Gesetzgeber es versäumt, eindeutige Regelungen zu schaffen. Diese fehlen auch im Falle des Todes der Bud-

getnehmerin. Manche Kostenträger sind der Ansicht, der gesamte Vorgang sei damit erledigt und weigern sich, die durch den Tod der Arbeitgeberin beendeten Arbeitsverhältnisse sauber abzuwickeln.

Ein weiterer Aspekt betrifft die Schwankungsreserve. Es gibt Menschen, die der Versuchung erliegen, aus der Schwankungsreserve Beträge zu entnehmen und damit Leistungen oder Gegenstände bezahlen, die nicht in der Zielvereinbarung stehen. Mitunter kommen solche Vorschläge sogar von Kostenträgerseite, wenn es sich beispielsweise um Pflegehilfsmittel oder aktuell um Corona-Schutzausrüstungen oder Tests handelt. Es droht die Gefahr, dass bei der Abrechnung des vereinbarten Zeitraumes eben diese Beträge zurückgezahlt werden müssen. Man ist nur dann auf der sicheren Seite, wenn diese Erweiterung der Verwendungszwecke auch in Form einer Ergänzung in die Zielvereinbarung einfließt. Oder wenigstens schriftlich festgelegt wurde. Mündliche Abreden haben angesichts des hohen Personalwechsels in den Sozialbehörden keine Nachhaltigkeit.

Es ist festzustellen, dass Zielvereinbarungen missbraucht werden, um in Verhandlungen die Bedarfe

zu drücken. Oft haben Antragstellerinnen angesichts einer größeren Zahl von Personen der Gegenseite den Eindruck, eingeschüchtert zu werden. Obwohl die Assistenz im Krankenhaus seit 2009 gesetzlich gesichert ist, steht sie noch immer in der Zielvereinbarung als Meldepflicht. Selbst für Kunden ambulanter Dienste gibt es zwischenzeitlich Gerichtsentscheidungen, die auf die Gleichbehandlung mit Arbeitgeberinnen pochen.

#### Fazit:

**Das Persönliche Budget hat nichts einfacher gemacht. Im Gegenteil: Mit großem Erstaunen mussten wir eine Zielvereinbarung zur Kenntnis nehmen, in der ein Persönliches Budget mit einem monatlichen Abrechnungszeitraum vereinbart werden soll: Ein totaler Widerspruch in sich!**



Februar 2021

Gerhard Bartz  
Vorsitzender  
Forsea e.V.

Dieser Beitrag wird auch als Download<sup>10</sup> bereitgehalten.

<sup>10</sup>[http://www.forsea.de/aktuelles/Die\\_Wuerde\\_des\\_Menschen\\_ist\\_anzutasten.pdf](http://www.forsea.de/aktuelles/Die_Wuerde_des_Menschen_ist_anzutasten.pdf)

*Besser ein dummer Wanderer als ein Weiser, der zu Hause sitzt.*

Chinesisches Sprichwort

*Das einzige Mittel, das Leben zu ertragen, ist, es schön zu finden.*

Rudolf Leonhard

*Behalte deine Ängste für dich, aber teile deinen Mut mit anderen.*

Robert Louis Stevenson